

# **A13** Für eine menschenrechtsbasierte europäische Geflüchtetenpolitik

Gremium: AG Migration  
Beschlussdatum: 14.06.2023  
Tagesordnungspunkt: 3. Dringlichkeitsanträge

## **Antragstext**

1 Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Münster möge  
2 beschließen:

3 „Auch nach der am 08. Juni getroffenen Entscheidung der europäischen  
4 Innenminister\*innen, in der Zukunft einen deutlich restriktiveren Kurs in der  
5 Migrationspolitik verfolgen zu wollen, setzen wir uns weiterhin für eine  
6 Migrations- und Fluchtspolitik ein, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt  
7 stellt. Mit der Erklärung zum sicheren Hafen und unserer Politik der dezentralen  
8 Unterbringung von Geflüchteten in Münster haben wir in der Vergangenheit stets  
9 daran gearbeitet, Menschen vor Konflikten und Verfolgung zu schützen und ihnen  
10 ein bestmögliches Ankommen in Deutschland zu ermöglichen. Dass dieser Anspruch  
11 nun, auch mit den Stimmen der deutschen Bundesregierung, auf europäischer Ebene  
12 gekippt werden soll, hat uns schockiert.

13 Eine Migrationspolitik, die darauf basiert, Menschen in haftähnlichen Lagern  
14 festzuhalten und die Verantwortung für Menschen auf der Flucht an angeblich  
15 sichere Drittstaaten abzuschieben, ist für uns mit den humanitären Grundsätzen  
16 und dem Koalitionsvertrag sowie dem Grundsatzprogramm unserer Partei  
17 unvereinbar. Anstatt einer geordneten europäischen Migrationspolitik und einer  
18 gerechten Verteilung von Geflüchteten näher zu kommen, trägt der vorliegende  
19 Kompromiss vermutlich eher dazu bei, dass noch mehr Menschen gezwungen sein  
20 werden, gefährliche und irreguläre Migrationsrouten zu nutzen und erhöht somit  
21 das Risiko für Menschen auf der Flucht. Viele Grenzstaaten setzen jetzt schon  
22 auf systematische Menschenrechtsverletzungen und schlechte Bedingungen, die vor  
23 allem irreguläre Sekundärmigration erzeugen. Es steht zu befürchten, dass der  
24 Kompromiss nun zu einem weiteren Anstieg der Zahl der irregulären Geflüchteten  
25 führen wird, die in Länder wie Deutschland geschleust werden, wo sie jahrelang  
26 in Unsicherheit leben müssen. Maßnahmen, die das Sterben auf dem Mittelmeer  
27 wirksam bekämpfen könnten wie etwa legale Zugangswege, oder andere wirkliche  
28 Verbesserungen für Menschen auf der Flucht, sind hingegen kein Teil des  
29 vorgestellten Kompromisses.

30 Dass eine solche Reform nur aufgrund der Stimmen einer deutschen Bundesregierung  
31 unter Beteiligung der GRÜNEN zustande gekommen ist, hat uns sehr überrascht. Wir  
32 erkennen an, dass die Verhandlungslage auf europäischer Ebene nicht einfach war,  
33 da viele Staaten sich dort bereits länger von dem Anspruch einer humanitären  
34 Migrationspolitik verabschiedet haben. Darüber hinaus haben wir Respekt für  
35 unsere Verhandler\*innen und den Aufwand, den sie in diese Einigung gesteckt  
36 haben. Dass die Bundesregierung dieser Reform mit all ihren problematischen  
37 Regelungen sogar trotz des klaren Scheiterns ihres Plans, zumindest Kinder von  
38 den Außengrenzverfahren auszunehmen, zugestimmt hat, ist für uns dennoch ein  
39 großer Fehler. Auch wenn der Reformbedarf der europäischen Migrationspolitik

40 offensichtlich ist, hätte es nicht zu einer solchen Einigung um jeden Preis  
41 kommen dürfen.

42 Als Bündnis 90/Die Grünen/GAL Münster positionieren wir uns klar gegen diese  
43 Einigung und setzen darauf, dass unsere Europafraktion diese massenhafte  
44 Entrechtung von Geflüchteten im weiteren Gesetzgebungsprozess noch aufhalten  
45 kann. Eine europäische Geflüchtetenpolitik muss für uns immer den einzelnen  
46 Menschen in den Mittelpunkt stellen anstatt Abschottung und die Entrechtung von  
47 Geflüchteten zu ermöglichen. Die Tatsache, dass demokratische Regierungen ihre  
48 Entscheidungen nun stattdessen auf populistische Argumente stützen, ist  
49 besorgniserregend. Verbesserungen wie die Registrierung aller zugewanderten  
50 Menschen in den Grenzstaaten für eine verbindliche gerechte Verteilung auf die  
51 Mitgliedsstaaten und die Einführung von Menschenrechtsmonitoring, um illegale  
52 Pushbacks zu verhindern, können die Verschlechterungen für uns nicht ansatzweise  
53 aufwiegen. Wir stehen weiter an der Seite unserer Bündnispartner\*innen wie  
54 Leavenoonebehind, der Seebrücke und privaten Seenotrettungsinitiativen im Kampf  
55 für eine menschenrechtsbasierte europäische Geflüchtetenpolitik und werden uns  
56 innerhalb und außerhalb unserer Partei dafür einsetzen, dass diese Einigung des  
57 europäischen Rates so nicht in Gesetzesform gegossen werden wird. Europa muss  
58 seiner Verantwortung für geflüchtete Menschen endlich gerecht werden anstatt die  
59 Rechte von Geflüchteten immer weiter zu beschneiden und diese auf immer  
60 gefährlichere Fluchtrouten zu drängen. Für uns gilt weiterhin: kein Mensch ist  
61 illegal!“